

Belgien

CHRISTIAN FRANCK

Die Beteiligung am Konvent zur Zukunft Europas, die endgültige Entscheidung über die Osterweiterung und die Irakkrise waren die Schwerpunkte der belgischen Europapolitik. Gemeinsam mit den Benelux-Partnern wehrte sich die belgische Regierung lange Zeit gegen einen dauerhaften europäischen Ratsvorsitz. Die befürwortende Haltung Belgiens in Bezug auf die EU-Erweiterung, deren wirtschaftlichen Folgen man recht gelassen entgegenseht, wurde eindeutig bestätigt. An der Seite Frankreichs und Deutschlands war Belgien Teil des „alten Europa“, wie es der amerikanische Vizepräsident Rumsfeld nannte, das sich gegen den Krieg im Irak stellte.

Einwände gegen eine dauerhafte EU-Ratspräsidentschaft

Die belgische Präsidentschaft hatte bereits beim Europäischen Rat von Laeken im Dezember 2001 den Vorschlag unterbreitet, dem Konventspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing die beiden ehemaligen Premierminister von Belgien und Italien, Jean-Luc Dehaene und Giuliano Amato, als Vizepräsidenten zur Seite zu stellen. Belgien beabsichtigte, dass diese beiden Vizepräsidenten die belgische und italienische Regierung im Konvent vertreten. Der italienische Ratspräsident Silvio Berlusconi wehrte sich jedoch dagegen, dass sein Land von einem Mitglied der Mitte-Links-Koalition vertreten werden sollte. Schließlich einigte man sich auf seinen Vize-Premierminister, Gianfranco Fini, als italienischen Regierungsvertreter. Belgien konnte daher auch einen anderen Vertreter als den ehemaligen Premierminister Dehaene benennen: Vize-Premierminister und Außenminister Louis Michel, ein französischsprachiger Liberaler. Die anderen belgischen Konventsmitglieder sind Karel De Gucht, Vorsitzender der flämischen Liberalen, und Elio Di Rupo, Vorsitzender der französischsprachigen Sozialisten, als Vertreter der beiden Kammern. Ebenfalls mit dabei war die Europaabgeordnete Anne Van Lancker Teil.

Die belgischen Konventsmitglieder und ihre Stellvertreter bildeten eine regelmäßig zusammentretende Arbeitsgruppe. In ihrem am 13. Mai 2002 vorgelegten Dokument zu den Aufgaben, Kompetenzen und Organen der Union lehnten sie eine strikte Abgrenzung nationaler und europäischer Zuständigkeitsbereiche ab. Auch sollte die Kompetenzverteilung weiterhin dem Subsidiaritätsprinzip unterliegen. Hier zeigte sich die belgische Seite zunächst widerwillig, den nationalen Parlamenten das Recht zuzugestehen, zu prüfen, ob ein Vorhaben das Subsidiaritätsprinzip beachte. Im Oktober schlug Louis Michel vor, diese Subsidiaritätsprüfung

eher einem gemischten Kollegium aus Richtern und Politikern – einer Art Nachbildung des belgischen Schiedsgerichts – zu übertragen, doch sein Vorschlag fand kaum Gehör.

Ein weiteres Thema, das die belgischen Konventsmitglieder vorbrachten, war die Rolle der Regionen in föderalistisch organisierten Mitgliedsländern. In einem Beitrag im Konvent forderte Louis Michel, die Regionen sollten als Institution der Union anerkannt werden und das Recht besitzen, bei Maßnahmen, die unter deren Zuständigkeit fallen, von der Kommission gehört zu werden. Es ging jedoch nicht so sehr darum, den Regionen Entscheidungsbefugnisse auf europäischer Ebene zuzugestehen, sondern vielmehr darum, ihnen die Möglichkeit zu geben, den Staat in den ihnen übertragenen Bereichen zu vertreten.¹

Der Schwerpunkt wurde im Konvent jedoch auf die Institutionen gelegt. Belgien stand der Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament, der Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsentscheidungen sowie des Mitentscheidungsverfahrens positiv gegenüber. Auch war bekannt, dass der Gedanke eines dauerhaften Vorsitzes, wie ihn im März und im Mai 2002 Chirac, Blair und Aznar geäußert hatten und für den sich auch Giscard d'Estaing einsetzte,² in Belgien auf starke Ablehnung stieß. Es wurde befürchtet, dieser Präsident werde den Kommissionspräsidenten zurückdrängen und diese Position würde die großen Staaten stärken. Das Memorandum der Benelux-Länder vom 4. Dezember 2002 bekräftigte diese Aussagen,³ und wehrte sich kategorisch gegen einen dauerhaften Ratspräsidenten. Als Gegengewicht gegen das so genannte „ABC-Trio“ (Aznar, Blair, Chirac), wollten die Benelux-Länder eine gewisse Anzahl kleiner und mittelgroßer Staaten um sich scharen und sich auch die Unterstützung Deutschlands sichern, das sich für die vorrangige Stellung eines vom Europäischen Parlament gewählten Kommissionspräsidenten einsetzte. Der von Deutschland und Frankreich Mitte Januar gemeinsam unterbreitete Vorschlag, der die französische Forderung nach einer dauerhaften Ratspräsidentschaft mit der Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Parlament verband, was der deutschen Regierung am Herzen lag, zwang die belgische Regierung, ihre Haltung zu überdenken.

Premierminister Guy Verhofstadt plädierte nun für die „Wahl eines Präsidenten, der innerhalb des (Europäischen) Rates gewählt und sein nationales Mandat beibehalten würde“.⁴ Es würde also ein amtierender Premierminister für eine längere Dauer den Vorsitz des Europäischen Rats übernehmen. Louis Michel erklärte seinerseits, die einzige gangbare Alternative sei eine Verschmelzung der Ämter des Kommissionspräsidenten und des Ratsvorsitzenden.⁵ Bis Mai blieben die Benelux-Länder bei ihrer ablehnenden Haltung gegenüber einer dauerhaften Ratspräsidentschaft und verteidigten den halbjährlich wechselnden Vorsitz,⁶ wenn auch die Belgier in diesem Punkt mehr Verhandlungsbereitschaft an den Tag legten als die Niederländer und der luxemburgische Premierminister Juncker.

Die Erweiterung der EU und die Türkei

Seit 1993 zeigte die Politik der belgischen Regierung deutlich, dass sie die Erweiterung der EU unterstützt. „Für die Mitgliedstaaten der Union bot das Ende des Kalten Krieges eine historische Chance für die Wiedervereinigung Europas: Die Erweiterung der Union war der kürzeste Weg, dieses Ziel zu erreichen“, erklärte der von 1992 bis 1999 amtierende Premierminister Jean-Luc Dehaene.⁷

Doch wo endet die Erweiterung? Diese Frage betrifft in erster Linie die Kandidatur der Türkei. Für Louis Michel wurde diese Frage bereits vor fast vier Jahren entschieden mit dem die Fünfzehn bindenden Beschluss von Helsinki, der Türkei den Kandidatenstatus zu verleihen. Die belgische Regierung, zum ersten Mal seit langem ohne christdemokratische Vertreter, distanzierte sich ausdrücklich von einem auf der christlichen Identität basierendem Kriterium für die EU-Mitgliedschaft. „Europa wird früher oder später beispielsweise Bosnien oder Albanien aufnehmen“, betonte Louis Michel, „und man kann ihnen den Beitritt nicht unter dem Vorwand verweigern, dass in diesen Ländern vorrangig die muslimische Religion praktiziert wird. Es macht keinen Sinn, mit der Religion zu argumentieren, wenn sich alle über die Notwendigkeit eines Dialogs zwischen den Zivilisationen einig sind. Die Türkei ist vielleicht das Land, das das Verständnis der Zivilisationen füreinander erleichtern wird.“⁸

Belgien fordert daher allein die Einhaltung der 1993 in Kopenhagen festgelegten Beitrittskriterien für einen Beitritt der Türkei. Im Februar 2002 hatte sich der Außenminister dafür eingesetzt, dass die Türkei im Konvent den gleichen Beobachterstatus erhält wie die anderen Beitrittskandidaten. Vor dem Europäischen Rat in Kopenhagen traf Louis Michel seinen türkischen Amtskollegen Yasar Yakis und schlug vor, die Prüfung der Beitrittsreife für 2004 und die Eröffnung der Aufnahmeverhandlungen ebenfalls für 2004 anzusetzen.⁹ Damit setzte er die Termine etwas früher als der Zeitplan, der schließlich übernommen wurde (Prüfung der Beitrittsreife Ende 2004 und Eröffnung der Aufnahmeverhandlungen 2005).

Was die wirtschaftlichen Auswirkungen der Erweiterung angeht, so sieht man diesen recht gelassen entgegen. „Die EU-Erweiterung wirft eine Reihe von Problemen auf, doch keines scheint unlösbar zu sein“, schließt ein Gemeinschaftswerk über die Herausforderungen und die wirtschaftlichen Möglichkeiten der zukünftigen Beitritte.¹⁰ Man erfährt, dass belgische Unternehmen, die sich in den mittel- und osteuropäischen Staaten niedergelassen haben, nicht „belgische“ Arbeitsplätze gegen Arbeitsplätze in diesen Ländern austauschen.¹¹ Man liest dort auch, dass es im Bereich des landwirtschaftlichen Verkehrs noch mehrere Jahre lang eine Überschussbilanz für die aktuellen Mitgliedstaaten und vor allem für die belgische Landwirtschaft geben wird, da die Wettbewerbsfähigkeit nicht nur durch den Preis begründet, sondern auch auf der Qualität der Nahrungsmittel beruht.¹² Eine weitere Studie, die die Auswirkungen der Erweiterung auf die belgische Wirtschaft und speziell auf den flämischen Teil des Landes untersuchte,¹³ ging in die gleiche Richtung. Hier wurde betont, dass die Erweiterung mehr eine Chance als ein „Todesstoß“ sei, da von 1995 bis 1998 die Exporte von der flämischen Region in die Staaten Mittel- und Osteuropas um 22% gestiegen waren. Bei allen Kandidaten-

ländern wies Belgien einen Handelsbilanzüberschuss auf, der sogar in Bereichen mit hoher Arbeitsintensität erhalten bleiben soll. In jedem Fall sei laut Studie die wirtschaftliche Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in den europäischen Binnenmarkt bereits sehr weit fortgeschritten. Der offizielle Beitritt in die Union werde daher für die belgische Wirtschaft keinen wirklichen Schock bedeuten.

Belgien und die Entwaffnung des Irak

Wie Außenminister Louis Michel betonte, ging es bei der Irak-Frage in erster Linie um die Entwaffnung des Landes und betraf ganz konkret das potenzielle Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen, und damit Forderungen, über die die Vereinten Nationen zu entscheiden haben. Mit anderen Worten ging es Brüssel weder darum, Saddam Hussein zu stürzen, noch wollte man, Washington seine eigenen Pläne eines „Präventivschlags“ durchsetzen lassen. Vielmehr sollte die Entwaffnung des Irak unter der Aufsicht des Sicherheitsrates fortgeführt werden.¹⁴ Dies war die Haltung Brüssels seit dem 8. November 2002 mit der Annahme der Resolution 1441.

Ende Januar reiste Louis Michel nach New York. Er traf dort mit UN-Generalsekretär Kofi Annan und den Chefspektoren der Vereinten Nationen im Irak, Hans Blix und El Baradei, zusammen, doch hatte er keinerlei Kontakt mit der amerikanischen Regierung. Sein Ziel war es, auf diplomatischem Weg die Entwaffnung des Irak mit einem friedlichen Machtwechsel in Bagdad herbeizuführen. Nach dem Treffen auf den Azoren zwischen dem amerikanischen Präsidenten Bush mit Blair und Aznar sowie dem portugiesischen Regierungschef Baroso, wo man sich auf die Unvermeidbarkeit des Krieges verständigte, protestierte Guy Verhofstadt gegen einen Krieg „ohne Legitimation“ und wiederholte, „man hätte eine Entwaffnung des Irak auf friedlichem Wege unter Fortsetzung der UN-Inspektionen erreichen können“.¹⁵

In der belgischen Ablehnung der Strategie und der Ziele Washingtons gegenüber dem Irak gab es zwei bedeutende Spannungsmomente: Der erste betraf die Entscheidung der Nato über die Gewährung präventiver militärischer Hilfe an die Türkei, der zweite den Transport von amerikanischem Material über Belgien.

Am 22. Januar 2003 hatte der Nato-Rat den amerikanischen und den türkischen Antrag auf Bereitstellung von Abwehrmaßnahmen zum Schutz der Türkei im Fall irakischer Angriffe geprüft. Gemäß Art. 4 des Washingtoner Vertrages sollten der Türkei Patriot-Flugabwehrraketen und AWACS-Überwachungsflugzeuge zur Verfügung gestellt werden, um einem eventuellen irakischen Angriff vorzubeugen. Sechzehn Mitglieder des Bündnisses gaben ihre Einwilligung. Drei – Frankreich, Deutschland und Belgien – waren jedoch der Meinung, die Bedrohung sei nicht erwiesen, die beantragte Hilfe setze eine Aufnahme der Kampfhandlungen mit dem Irak voraus. Von 10. bis 16. Februar stellten sich die drei der Annahme dieser Maßnahmen in den Weg, die, so Louis Michel, „das politische Signal für unsere Zustim-

mung zur Gewaltanwendung seien, und dass wir zu militärischer Logik außerhalb der Vereinten Nationen bereit seien“.¹⁶

Zur zweiten Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten kam es wegen des Transits von aus Deutschland kommenden amerikanischen Truppen und militärischem Material über belgisches Staatsgebiet. Aufgrund eines bilateralen Abkommens aus dem Jahr 1971 bewilligte Belgien den Transit ohne Umschweife. Anfang Januar benachrichtigte Washington Brüssel, dass der Transit stattfinden sollte. In Belgien entbrannte eine rege Debatte, ob man dies verhindern könne.

Zahlreiche Politiker, unter ihnen der französischsprachige Linke Di Rupa, und auch Außenminister Louis Michel und Verteidigungsminister André Flahaut wollten den Transit von US-Konvois und den Überflug von amerikanischen Maschinen über belgisches Gebiet verhindern. Eine Gruppe von Juristen verschiedener Universitäten war der Ansicht, dieser Transit stelle eine Beteiligung Belgiens an einem eventuellen Angriff auf den Irak dar, wenn die Vereinigten Staaten den Krieg ohne Mandat des Sicherheitsrates beginnen würden.¹⁷

Am 18. März verkündete Premierminister Guy Verhofstadt, die belgische Position „sei dieselbe wie die Frankreichs und Deutschlands. Wir werden unseren Verpflichtungen auf internationaler Ebene nachkommen“.¹⁸ Doch nahmen Paris und Berlin in Bezug auf den Transit eine andere Haltung ein. Präsident Chirac hatte sogar erklärt, der Überflug von amerikanischen Maschinen sei „selbstverständlich“, da es sich um „Verbündete“ handelt.¹⁹ Aus diesem Grund beschloss die belgische Regierung, sich nach ihren engsten Partnern zu richten. Zur Rechtfertigung der ständigen Meinungsänderungen Belgiens, erklärte die belgische Regierung, eine Ablehnung sei nur gerechtfertigt, solange der Krieg noch nicht ausgebrochen sei. Aber tatsächlich waren der Premierminister und seine Partei der Ansicht, man müsse den Spannungen und Auseinandersetzungen mit Washington ein Ende bereiten. Er verteidigte diese Sichtweise innerhalb der Regierungskoalition, wo Linke, Grüne und in geringerem Maße auch die französischsprachigen Liberalen die amerikanische Irak-Politik, die gerne als „Krieg um Öl“ interpretiert wurde, schärfer kritisierten. Auf der Seite der Opposition standen die französischsprachigen Christdemokraten der Haltung der Linken und der Grünen nahe, während die flämischen Christdemokraten den Kontakt mit den USA aufrechterhalten wollten.

Im Bereich der internationalen Sicherheit stellte nicht nur die Irakkrise die belgische Außen- und Verteidigungspolitik vor Probleme. Am 21. November 2002 fand das Nato-Gipfeltreffen in Prag statt. Dort wurde nicht nur die Aufnahme von sieben mittel- und osteuropäischen sowie den baltischen Staaten in die Allianz beschlossen, sondern auch die Bereitstellung einer 20.000 Mann starken schnellen Eingreiftruppe. Mit ihr soll der Nato ein schnelles Eingreifen in Krisensituationen außerhalb der Bündnisgebietes ermöglicht werden. Auf diesem Gipfeltreffen kündigte Belgien seine Beteiligung an der Internationalen Afghanistan-Schutztruppe (ISAF) ab Februar 2003 an. Belgien entsandte eine Infanterieeinheit von etwa 100 Mann nach Kabul.

Trotz Forderungen, die Verteidigungsfähigkeit zu verbessern, wurde das Budget nicht erhöht: Die höheren Ausgaben im militärischen Bereich in den Jahren 2000

bis 2015 sollen durch eine Verringerung der Truppenstärke von 44.000 auf 39.000 Soldaten kompensiert werden. Mit unverändertem Militäretat (etwa 1,5% des BIP im Gegensatz zu 27,7% in Frankreich und dem Vereinigten Königreich) ergriff Premierminister Guy Verhofstadt Maßnahmen, um die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik voranzubringen. Im Juli 2002 wandte er sich an den französischen Präsidenten Jacques Chirac und den britischen Regierungschef Tony Blair und schlug ihnen vor, „an den Geist von Saint Malo anzuknüpfen“ und die europäische Verteidigung mit verschiedenen Maßnahmen weiterzuentwickeln. Als Beispiele nannte er die Übernahme der Nato-Mission „Amber Fox“ in Mazedonien durch die EU, die Harmonisierung der militärischen Bedarfsplanung, die Schaffung eines europäischen Hauptquartiers und die Aufnahme einer gegenseitigen Sicherheitsgarantieklausel in die Verträge für den Fall eines terroristischen Anschlages großen Umfangs.²⁰ Belgien wollte mit dem Vorschlag eines „Mini-Gipfeltreffen“ mit Deutschland, Frankreich und Luxemburg am 29. April in Brüssel auf diese Initiative reagieren und zugleich neuen Schwung in die ESVP bringen, die von der Irakkrise stark beeinträchtigt worden war. Die Schlussfolgerungen dieses Gipfeltreffen fanden großen Widerhall in der Arbeitsgruppe „Europäischen Verteidigung“ im Konvent.

Anmerkungen

Die Autorin bedankt sich für die Mitarbeit von Laia Mestres bei der Zusammenstellung der Dokumente.

- 1 Louis Michel, Vorschlag für ein Konzept für die regionale Dimension, Beitrag 236 – Conv. 544/03.
- 2 Siehe zu diesem Thema, Christian Franck, La question du Président de l'Union, in : Annales d'études européennes de l'Université Catholique de Louvain, Bruylant, 2002, S. 1-25.
- 3 Memorandum der Benelux-Staaten, Ein ausgewogener institutioneller Rahmen für eine effizientere und transparentere erweiterte Union, 4.12.2002.
- 4 Rede des Premierministers Guy Verhofstadt anlässlich des Kolloquiums der IRRI am 28. Januar 2002 im Palais d'Egmont in Brüssel.
- 5 Siehe European Voice, 24.1.2003.
- 6 Siehe „les propositions alternatives“ von L. Michel, G. de Vries, J. Santer, Vertreter der belgischen, niederländischen und luxemburgischen Regierung im Konvent, in: Agence Europe, Nr. 8456, 7.5.03.

- 7 Jean-Luc Dehaene, Er is nog een leven na de 16, Leuven, Van Halewyck, 2002, S. 132.
- 8 Ebd., S. 47.
- 9 Siehe La Libre Belgique, 7.12.02.
- 10 Jacques Vandamme und Laurent Van Depoele, L'élargissement de l'Union européenne: défis et opportunités, Bericht der Gruppe für europapolitische Studien (GEPE-SEP) im Ministerium für Wirtschaft und wissenschaftliche Forschung, Charles Picqué, Brüssel, SEP-GEPE, April 2002.
- 11 Ebd., S. 129.
- 12 Ebd., S. 205.
- 13 Filip Abraham u.a., De nieuwe EU: de doodsteek voor de Vlaamse economie?, Leuven, Acco, 2002.
- 14 Louis Michel, L'axe du Bien, ebda., S. 188.
- 15 Äußerungen wiedergegeben von der Agence France Presse, 19.3.03.
- 16 Louis Michel, ebda., S. 191.
- 17 Siehe De Morgen, 12.2.03.
- 18 Siehe Agence Belga, 18.3.03.
- 19 Ebd.
- 20 Siehe La Libre Belgique, 24.7.02.